

*(42)

Liberalisierung des Bankwesens

Der Finanzsektor Taiwans steht vor einer neuen Epoche mit härterer Konkurrenz. Am 12. April begann das Finanzministerium, Gründungsanträge von neuen privaten Banken anzunehmen. Zur Zeit gibt es 24 einheimische Banken, die von ihrem Gesamtvermögen her gesehen zu 90-95% in öffentlicher Hand sind. Daneben bestehen noch auf hunderte bis tausend geschätzte große und kleine Investmentfonds, die illegalerweise Bankgeschäfte betreiben. Um sowohl das Bankwesen zu liberalisieren als auch die Untergeldinstitute zu beseitigen, wurde im Juli des vergangenen Jahres das Bankgesetz novelliert. (Dazu s. C.a. Juli 1989, Ü 43, S.488 f.) Das neue Gesetz gewährt die Gründung privater Banken und Geschäftserweiterung ausländischer Banken. Die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz wurden am 9. April vom Exekutiv Yuan genehmigt. Danach muß jede neue Bank zumindest ein Grundkapital von 10 Mrd. NT\$ (rd. 379 Mio. US\$) haben, davon 20% öffentliche Zeichnungen. (FT, 9.4.90)

Das Interesse an der Gründung von privaten Banken ist ungewöhnlich groß. Fast alle großen Unternehmensgruppen sowie die Investmentfonds haben solche Absichten. Am ersten Tag der Antragsfrist, die bis zum 12. Okt. d.J. dauert, haben sich bereits 60 Interessenten die entsprechenden Formulare beschafft. Einige haben bereits heimlich und illegalerweise Aktienbezugsrechte auf den Markt gesetzt. Angeblich will das Finanzministerium zuerst nur 10-15 Lizenzen erteilen, um die Gründung von unseriösen Banken zu verhindern und erbitterte Konkurrenz in der Branche zu vermeiden, was wohl einen harten Kampf um die Lizenzen auslösen wird.

Zur Liberalisierung des Bankwesens will die Regierung ihren Kapitalanteil an den drei großen Handelsbanken, First Commercial Bank, Hua Nan Bank und Chang Hwa Bank, von 56,25-74,95% auf 51% senken. Die drei Banken haben zusammen einen Anteil von rd. 40% am Gesamtkredit- und Dispositengeschäft Taiwans. Zwischen dem 14. und 19. April hat das Finanzministerium bereits über 46 Mio. St. Aktien der drei Banken in seinem Besitz im Wert von 25,76 Mrd. NT\$ (rd. 978 Mio. US\$) auf den Markt gebracht,

3 Mio. Anleger drängten sich nach deren Erwerb. Noch in diesem Jahr wird die Provinzregierung Taiwan ebenfalls einen Teil ihrer Aktien an diese drei Banken, 110 Mio. St., veräußern. (IHT, 2.-3. u. 23.4.90; FT, 9. u. 23.4.90)

Gleichzeitig wurden die Einschränkungen für ausländische Banken weiter gelockert. So können künftig jedes Jahr drei Auslandsbanken zugelassen werden, wobei sie zum Kreis der 500 weltweit größten Institute angehören müssen (im Gegensatz zu bisher jährlich zwei neuen Institute der jeweils 150 weltgrößten). Während bisher ausländische Geldinstitute höchstens zwei Niederlassungen in den beiden Großstädten Taipei und Kaohsiung (Gao-xiong) unterhalten durften, können sie jetzt eine weitere Niederlassung an einem anderen Ort freier Wahl eröffnen. Außerdem dürfen sie sich erstmals am Wertpapierhandel und an Treuhandgeschäften beteiligen. Es wurde ihnen auch ein größerer Spielraum für das Einlagengeschäft konzedierte, und zwar bis zur 15fachen Höhe des eingezahlten Kapitals. Die Einschränkung von langfristiger Kreditvergabe auf maximal sieben Jahre wurde aufgehoben. In Taiwan sind gegenwärtig 35 Auslandsbanken mit 40 Niederlassungen vertreten, deren Anteil an den Gesamtbank-einlagen indessen nicht über 1% und an den Kreditausleihungen nicht über 5% hinausreicht. (FAZ, 3.4.90; NfA, 24.4.90) -ni-

*(43)

Gehaltsvergleich von den Oberhäuptern der vier "kleinen Drachen" Asiens

Die Hongkonger Zeitung *Mingbao* hat in ihrer Ausgabe vom 22. April (nach ZYRB, 24.4.90) die Monatsgehälter der Staats- bzw. Regierungschefs der vier sogenannten asiatischen "kleinen Drachen (oder Tiger)" - Taiwan, Hongkong, Singapur und Südkorea - aufgelistet. Danach steht der Gouverneur der britischen Kolonie Hongkong, Sir David Wilson, mit einem regulären Entgelt von 144.900 HK\$ (rd. 7,8 HK\$ = 1 US\$) im Monat an der Spitze. Ihm folgt Singapurs Ministerpräsident Lee Kuan Yew mit einem Monatsgehalt von umgerechnet 99.000 HK\$. Der Präsident der Republik China (Taiwan) Li Denghui (Lee Teng-hui) steht mit seinem Monatsgehalt von umgerechnet 86.000 HK\$ an dritter Stelle. Südkoreas Präsident Roh Tae-woo

verdient mit umgerechnet nur 28.000 HK\$ am bescheidensten. Bei dem Vergleich wurden die zusätzlichen Spesen und Vergünstigungen der politischen Führer nicht berücksichtigt.

Laut Angaben der ADB (Asian Development Bank) ist das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der vier "kleinen Drachen" Asiens 1988-1989 von 6,94% auf 6,2% gefallen. Während es in Taiwan von 7,3% (1988) auf 7,7% (1989) stieg, sank es in Singapur von 11% auf 9,2%. Südkorea und Hongkong hatten einen drastischen Rückgang des Wachstums zu verzeichnen, und zwar von 11,3% auf 5,9% bzw. von 7,3% auf 2,5%. (Nach ZYRB, 24.4.90) -ni-

Hongkong und Macau

*(44)

Grundgesetz für Hongkong ab 1997 vom chinesischen Nationalen Volkskongreß verabschiedet

Der chinesische Nationale Volkskongreß (NVK) hat am 4. April das Grundgesetz der Sonderverwaltungszone Hongkong (SVZ) der Volksrepublik China offiziell verabschiedet. Nach der sino-britischen Vereinbarung von 1984 wird Hongkong 1997 an China zurückgegeben. Die chinesische Regierung verpflichtet sich, nach der Übernahme von Hongkong eine Sonderverwaltungszone mit eigenem Grundgesetz, das die Aufrechterhaltung der bisherigen kapitalistischen Systems dort gewährleisten soll, einzurichten.

Das Grundgesetz hat insgesamt 160 Artikel und drei Anhänge, einen Artikel mehr als der ursprüngliche Entwurf, der von einer Kommission über vier Jahre lang ausgearbeitet worden ist. Bei dem zusätzlichen Artikel handelt es sich um Art. 78 mit dem Wortlaut: "Mitglieder des Legislativrats der Sonderverwaltungszone Hongkong sollen keiner Festnahme unterworfen werden während ihrer Beteiligung an oder auf dem Wege zu einer Sitzung des Rats." Sonst gibt es keine Abweichungen von dem Entwurf. Bei der Abstimmung votierten 2.660 der anwe-

senden Deputierten für und 16 gegen den Text, 29 enthielten sich der Stimme.

Darüber hinaus hat der NVK noch zwei Vorschläge des Komitees für den Entwurf des Grundgesetzes per Abstimmung genehmigt, d.h. einen Beschluß über das Verfahren der Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrats der SVZ Hongkong (Abstimmungsergebnis: 2.677 Ja, 4 Nein, 24 Stimmenthaltungen) und einen anderen Beschluß über die Gründung eines Komitees für das Grundgesetz der SVZ Hongkong unter dem Ständigen Komitee des NVK als ein Beratungsorgan des NVK für die Auslegung des Grundgesetzes (Abstimmungsergebnis: 2.686, 11, 12). Dieses Komitee besteht aus jeweils sechs Mitgliedern vom chinesischen Festland und aus Hongkong. Der erste Gouverneur der SVZ wird von einem 400köpfigen Wahlgremium gewählt mit Vertretern aus der Wirtschaft (25%), aus speziellen Berufen (25%), aus Arbeitern, der Basis und religiösen Kreisen (25%) und aus Persönlichkeiten ehemaliger Politiker, Hongkonger Deputierten im NVK und in der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz der VR China (25%). (DGB, 6.4.90)

China Aktuell reproduziert in diesem Heft zuerst den vollen Text des Grundgesetzes in englischer Sprache (aus *China Daily* vom 5.4.1990); eine Übertragung des chinesischen Textes (aus DGB vom 7. und 8.4.1990) folgt im nächsten Heft. -ni-

*(45)

Britische Nationalität für 50.000 Hongkonger Familien unter Dach und Fach

Das britische Unterhaus hat in der Nacht zum 20. April die zweite Lesung der Gesetzesvorlage über die Gewährung von britischen Pässen für rund 50.000 Hongkonger Familien (schätzungsweise 225.000 Personen) verabschiedet. Damit ist das "British Nationality (Hong Kong) Bill" praktisch unter Dach und Fach. Es sieht die Aufstellung eines Beurteilungssystems nach Punkten (maximal 800) vor. Die wichtigsten Kriterien sind Alter, Ausbildung und Berufserfahrung, Englischkenntnisse, persönliche und berufliche Beziehungen mit Großbritannien usw.

Außer chinesischen Bürgern können theoretisch alle in Hongkong ansässigen Einwohner einen der 50.000 britischen Pässe erwerben. Von dieser Zahl entfallen 7.000 auf uniformierte Beamte (Zoll, Polizei, Feuerwehr), 6.300 auf "sensible" Berufe (Beamte), 500 auf wichtige Unternehmer und 36.200 auf allgemeine Gruppen (Handel 19.703, Rechnungsbranche 1.615, Ingenieurkreise 3.230, Medien 1.938, Gesundheitswesen 2.584, Rechtswesen 323 und Bildungswesen 2.907).

Das Gesetzesvorhaben, das 313 Abgeordnete bei 216 Gegenstimmen unterstützten, wurde sowohl vom rechten Flügel der konservativen Regierungspartei wie auch von der oppositionellen Labour Party stark kritisiert. Die Opposition kritisierte die Tatsache, daß nur die Führungsschicht ein Anrecht auf einen britischen Paß erhalten soll, "rebellische" konservative Abgeordnete äußerten Befürchtungen über eine mögliche neue Einwanderungswelle. Die Regierung Thatcher hatte diese Maßnahme als "moralische Verpflichtung" gegenüber der Kronkolonie bezeichnet; sie erhofft sich von dieser "Hintertür" für eine privilegierte Elite eine Drosselung der Auswanderung (zur Zeit durchschnittlich rd. 1.000 Familien pro Woche) und damit Stabilität bis zur Übergabe Hongkongs an China im Jahre 1997. (NZZ, 22.-23.4.90; SZ, 21.-22.4.90; DGB, 6. u. 22.4.90)

In Hongkong gibt es die Befürchtung, daß das Selektionssystem für die Erwerbung von britischen Pässen mit einer beschränkten Anzahl die Gesellschaft in zwei Klassen spalten wird. Beijing wirft London vor, mit dem Gesetz die sino-britische Vereinbarung verletzt zu haben. (XNA, 22.4.90; DGB, 22.4.90) -ni-